

Feindbild und Feindschaft

Medienkampagnen gegen China haben einen simplen Grund. Die Volksrepublik ist zu einem ernsthaften Konkurrenten um Weltmarktanteile herangewachsen

Von Renate Dillmann



So sieht westliche Presse zur Zeit die Volksrepublik: Als eine riesige und bedrohliche Seuchenzone (Karikatur der chinesischen Flagge zur Coronavirus-Epidemie in der dänischen Tageszeitung Jyllands Posten vom 27. Januar)

Renate Dillmann ist Politologin und lehrt an der Evangelischen Hochschule Bochum. 2009 erschien von ihr das Buch »China – ein Lehrstück«, das zur Zeit nur als E-Book erhältlich ist. Sie schrieb an dieser Stelle zuletzt am 24. Mai 2019 gemeinsam mit Arian Schiffer-Nasserie über die Geschichte der Deutschen Rentenversicherung: »Zwangsparties Gnadenbrot«.

China hat hierzulande keine gute Presse: Uiguren, Hongkong, Überwachungsstaat, Und jetzt auch noch das Corona-Virus. Die deutschen Medien haben sich in den letzten Jahren viel Mühe gegeben, und ihre Botschaft ist offenbar angekommen. China wurde zwar auch schon früher durchweg misstrauisch beäugt. In den Mao-Zeiten galt das Land als »gelbe Gefahr«, und seine Einwohner firmierten als »blaue Ameisen« – was heute vielleicht als politisch unkorrekt gelten würde. Die Wende der kommunistischen Staatspartei hin zu Öffnung und Kapitalismus wurde dann im Westen erleichtert bis euphorisch begrüßt. Deutsche Unternehmer und Politiker waren ganz vorne dabei, als es darum ging, Beziehungen zu knüpfen und erste Joint-Ventures zu gründen. Kaum aber stellte sich heraus, dass an diesen Geschäften auch chinesische Firmen verdienten und sich zu weltmarktfähigen Konkurrenten entwickelten, kaum wurde deutlich, dass Chinas Regierung sich keineswegs so behandeln ließ, wie man es von anderen »Dritte-Welt-Staaten« gewohnt war, gingen die Beschwerden los. Und aktuell vergeht kaum eine Woche, ohne dass ein neues Thema gewählt wird, um China gegenüber der Weltöffentlichkeit ins moralische Abseits zu stellen.

Wahrheit, Halbwahrheit, Feindbild?

Zunächst – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – ein Blick auf die Titel einiger Veröffentlichungen zu China in den vergangenen 20 Jahren: »China – eine Weltmacht kehrt zurück« (Konrad Seitz, 2000), »Herausforderung China« (Wolfgang Hirn, 2005), »Das asiatische Jahrhundert« (Karl Pilny, 2005), »Globale Rivalen – Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens« (Eberhard

Sandschneider, 2007) und natürlich die zeitweise im Jahresrhythmus veröffentlichten Bücher des *Handelsblatt*-Journalisten Frank Sieren wie zum Beispiel »Der China-Schock: Wie Peking sich die Welt gefügig macht« (2008). Dazu kommen die Specials der Wochenblätter: »China – Aufstieg zur Weltmacht« (2004) bzw. »Chi na, die unberechenbare Supermacht« (2008) und »Chinas Welt – was will die neue Supermacht« (2011) (alle *Spiegel*), »Chinas Wirtschaft – Bedrohung oder Chance?« (*Fondsmagazin*) usw. – eine wirklich fast endlose Reihe mit der immer gleichen Fragestellung.

Was bedeutet das »neue China« für Deutschland und seine Erfolge auf dem Weltmarkt bzw. in der Staatenkonkurrenz? Das ist die offenbar selbstverständliche Fragestellung, mit der sich deutsche Wissenschaftler und ihre populären Dolmetscher einer »Länderanalyse« zuwenden. Diese Wahrnehmung Chinas als neuer und mächtiger Konkurrenz bringt einerseits Hochachtung hervor. Seitenweise wird man informiert über den ungeheuerlichen Aufstieg, den das Land seit zwei Jahrzehnten hinlegt: Da stehen beeindruckende Wachstumszahlen und Exporttabellen, die PISA-Ergebnisse der Shanghaier Schüler, die Summen chinesischer Universitätsabschlüsse. Bilder der Hochhausschluchten chinesischer Großstädte sollen zeigen, dass sich das Land mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit zum neuen Zentrum des Weltkapitalismus entwickelt. Und seit es das chinesische Projekt der »Neuen Seidenstraße« (BRI) gibt, überschlagen sich die Berichte über die gigantischen Investitionssummen.

Doch zugleich verraten bestimmte Vokabeln die vorherrschende Sorge: »Herausforderung«, »unberechenbar«, »Bedrohung«, »Schock«. Das ist aufschlussreich. Offensichtlich ist es nicht so, dass sich der Rest der Staatenwelt und mit ihm seine Völker unbefangen freuen, wenn es einem Land gelingt, Armut und Unterentwicklung hinter sich zu lassen. Erinnern wir uns einmal kurz an die seit den siebziger Jahren gern propagierte Vorstellung von den »Entwicklungsländern«. Die sah bekanntlich so aus, dass sich die aus dem Kolonialismus entlassenen bzw. befreiten Staaten in den Weltmarkt integrieren sollten, um sich dort – mit Unterstützung der erfolgreichen westlichen Nationen – »zu entwickeln«, mit dem Versprechen, ökonomisch und politisch zu ihnen aufzuschließen. Und gerade vom maoistischen China – dem weltgrößten »Entwicklungsland« – hatte der Westen jahrzehntelang verlangt, es solle von seinen sozialistisch-spinösen Ideen lassen. Jetzt, da sich das Land zum Kapitalismus gewendet hat und nach den Kriterien dieser ihm immerzu ans Herz gelegten Produktionsweise offenbar ziemlich vieles richtig macht und entsprechende Erfolge feiert; jetzt, da man es im Westen mit einem (dem einzigen!) »Entwicklungsland« zu tun bekommt, das tatsächlich ökonomisch aufgeholt hat und den Nutznießern dieser Weltordnung auf Augenhöhe gegenübertritt – was ist da los? Wird China als Vorzeigeland und Modell für jene Länder gefeiert, die es »noch nicht geschafft« haben?

Natürlich wäre eine solche Erwartung ungemein naiv – das weiß jeder Eingeborene der Marktwirtschaft. Erstens, weil die Rede von den »Entwicklungsländern« ein Teil der westlichen Propaganda im Kalten Krieg war, als in der »dritten Welt« noch ein sozialistischer Block mitmischte und der Westen sich etwas mühen musste, die jungen Staaten in Afrika und Asien auf seine Seite zu bringen. Das ist heute lange vorbei – was interessiert also das Gewäsch von gestern? Zweitens aber – und das ist das gewichtigere Argument: Weil in dieser Welt der Marktwirtschaft und Staatenkonkurrenz jeder Erfolg des einen letztlich auf Kosten anderer erfolgt, gibt der chinesische Newcomer neben allen Geschäftsmöglichkeiten, die er anderen eröffnet, ganz offensichtlich auch Grund zur Sorge um die eigenen Erfolgsaussichten und damit zur immer auch latent feindseligen Stellung zu ihm (und beweist damit übrigens auch, wie die westlichen Länder es immer gemeint hatten mit ihrer Heuchelei von der »Entwicklung«).

Die Fragestellung lautet dann ganz generell ungefähr so: Ist der Erfolg, den dieses Land vorzuweisen hat und dem man seinen Respekt nicht ganz versagen kann, eigentlich mit rechten Dingen zustande gekommen? Die Antwort lautet: nein, natürlich nicht! Denn, so ist allenthalben zu lesen: Der Produktivitätsfortschritt, der Chinas Weltmarkterfolge möglich macht, beruht zum großen Teil auf Industriespionage und – man höre und staune! – purer Ausbeutung (von Mensch und Natur). Die Waren, mit denen das Land seine Devisen einheimst, sind nach allen Regeln der Kunst kopiert, gefälscht und vielleicht sogar vergiftet – natürlich nur in China! Die Geschäftsmöglichkeiten, die das Land unseren Unternehmen bietet, sind so gestrickt, dass die chinesischen Partner stets viel besser

dabei wegkommen. Auf Dauer haben sich die chinesischen Kapitalisten so nicht nur ihren heimischen Markt gesichert (dessen Eroberung »wir« offenbar fest für »uns« verbucht hatten), sondern kommen uns jetzt auf allen Märkten dieser Welt in die Quere (was offensichtlich nicht in Ordnung ist, da »unser« Besitzstand!)

Allgemein zielen diese Berichte auf das eine Urteil: Chinas Aufstieg kommt mit unlauteren Mitteln zustande. Seine Geschäftsleute agieren nicht kapitalistisch, sondern – es folgen bedeutsame Differenzierungen – »brutal«, »früh«- bzw. »manchester«- oder wahlweise auch »staatskapitalistisch«. Zu solchen Formulierungen greift, wer das Prinzip aus gutem Grund ungeschoren lassen, aber einen Vorbehalt gegen den vorbringen will, der es erfolgreich anwendet.

Balken im Auge

Vor allem aber wendet man sich in seinem Ärger gegen den chinesischen Staat und die Führung seiner Kommunistischen Partei (KP). Zwar ist klar, dass man es einzig und allein dieser KP zu verdanken hat, dass die westlichen Geschäftsleute und Staaten mit China einen für sie inzwischen unverzichtbaren Zuwachs ihres Weltgeschäfts bekommen haben. Das hindert aber keinen westlichen Journalisten, genau in dieser KP ein eigentlich unerträgliches Hindernis zu sehen und sie dauernd zu attackieren – und das sicher ein ganzes Stück fundamentalistischer als diejenigen, die tatsächlich ganz praktisch Geschäfte in China machen oder mit der Regierung in Beijing zu verhandeln haben. Mit süffisantem Unterton haut man der chinesischen »Kommunistischen Partei« um die Ohren, dass es in ihrem Land schlimmste Ausbeutung, Korruption und soziale Missstände aller Art gibt. Vorgetragen im übrigen von denselben Leuten, die hier tagtäglich dem Volk vorhalten, dass sein Lebensstandard zu hoch, seine (Lebens-) Arbeitszeit zu kurz und überhaupt seine sozialstaatliche Vollkasko mentalität von gestern sei.

Der schlimmste Vorwurf, den man gegen die KP vorzubringen hat, ist allerdings der, dass diese Partei ihrem Volk das Wählen verweigert, also jene Veranstaltung gelebter Demokratie, bei der Figuren antreten, die sagen, was ohnehin feststeht: Die Geschäfte der Unternehmen und Banken müssen (wieder) laufen, die Wirtschaft muss wachsen, und dafür müssen unten die entsprechenden Opfer erbracht werden. Weil es das in China nicht gibt, lasse sich der ganze Staat dort auf eines zusammenschnurren: Er unterdrückt, er ist (was man hierzulande an keiner Maßnahme entdecken will) Gewalt gegen seine Gesellschaft – und dieses ziemlich eindimensionale Urteil lässt sich natürlich wieder unterschiedlich illustrieren:

– Niemand braucht zu wissen, wie viele Zeitungen es in China gibt und schon gar nicht, was in ihnen drinsteht, um in einer Frage ganz sicher zu sein: In der Volksrepublik wird die Pressefreiheit mit Füßen getreten. (Umgekehrt wundert sich anscheinend niemand darüber, dass unsere freie Presse ganz ohne jede Zensur die immer gleichen Kommentare produziert – und das nicht nur zu China.)

– Jeder weiß, dass China gemein mit seinen Oppositionellen verfährt, ob mit seinem Nobelpreisträger Liu Xiaobo, dem Künstler Ai Weiwei oder den Demonstranten in Hongkong. Ganz im Unterschied zu hiesigen Verhältnissen, wo erklärte Systemgegner bekanntlich als willkommene Bereicherung des Meinungsspektrums aufgefasst und in jede Talkrunde eingeladen werden. Und nebenbei: wo ein Ai Weiwei sofort zum Außenseiter wurde, als er von China- auf Deutschland-Kritik umschaltete.

– Während bei uns »islamische Fundamentalisten« und ihre störenden Parallelgesellschaften völlig zu Recht ins Visier genommen, verfassungsrechtlich einwandfrei als Terroristen bekämpft und öffentlich diffamiert werden, stellen wir uns in China ganz selbstverständlich auf die Seite der nationalen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, deren separatistische Forderungen und gewaltsame Unruhen so eindeutig wie sonst nirgends auf der Welt gegen die böse Zentralgewalt sprechen.

Ökonomische Ausbeutung, rücksichtsloser Umgang mit der Natur, Korruption, ein ausgeprägtes staatliches Überwachungsbedürfnis und Repression gegenüber Oppositionellen und Separatisten, außenwirtschaftliche Expansion, militärische Aufrüstung (die ja nicht China erfunden hat, geschweige

denn, dass es die größte Militärmacht ist¹) und geostrategische Positionierung, ja selbst die patriotische Begeisterung des Volks für seinen Staat (die man hier permanent einfordert) – im Falle China wird all das zum außerordentlichen Skandal stilisiert

Dabei weiß man selbstverständlich in den meisten Fällen sehr genau, dass es die genannten Hässlichkeiten in ähnlicher Form auch hierzulande gibt und Fälle offener Diskriminierung und politischer Unterdrückung spätestens bei den von Deutschland und der EU unterstützten »befreundeten Regierungen« in Afrika, dem Nahen Osten und in Lateinamerika an der Tagesordnung sind. Doch das sind dann bloß »Ausnahmen«, korrigierbare Fehler, ist staatliches »Versagen«. In China dagegen desavouiert jeder einzelne Kritikpunkt ein für allemal »das System« – zu verbessern ist da nichts, und »konstruktive Kritik«, die bei »uns« ganz selbstverständlich jeder Form von Unzufriedenheit abverlangt wird, kann es nicht geben.

Umgekehrt werden Fakten, die das negative Bild dieses Staats etwas ins Wanken bringen könnten, nicht so gerne in den wichtigen Medien thematisiert. Chinas außerordentliche Erfolge bei der Bekämpfung absoluter Armut oder bei der Zurückdrängung von Wüsten durch Aufforstung passen offenbar nicht so richtig in das Bild, das die Mainstream-Medien vermitteln wollen.²

Ebensowenig will die deutsche Qualitätspresse sich und ihr Publikum im Falle Chinas mit Analysen und Hintergrundinformationen belasten, die das klare Bild von der geradezu böseartig-repressiven Staatsmacht gegen lebenswerte Uiguren oder Hongkonger Studenten erschüttern könnten. Die Redaktionen der großen Medienhäuser könnten leicht auch selbst herausfinden, was einige linke Journalisten recherchiert haben: terroristische Aktionen uigurischer Fundamentalisten, deren geistige Führer als »Exilregierung« derweil in München sitzen; die zweifelhaften Ziele und das rüde Vorgehen der Demonstranten in Hongkong; die Merkwürdigkeiten um die dortige Galionsfigur Joshua Wong, der seit bereits fünf Jahren Verbindungen zu US-amerikanischen Thinktanks und zur CIA unterhält.³ Doch an der Benennung solcher Ungereimtheiten besteht offenbar kein Interesse. Zusammengefasst lässt sich bei dieser Art selektiver Wahrnehmung, missgünstiger Erklärung und im Grunde (völker-)verhetzender Information inklusive ihrer gebetsmühlenartigen Wiederholung von einem virulenten Feindbild sprechen.

Von der Konkurrenz zur Konfrontation

Ein solches Feindbild entspringt einer sehr realen Konkurrenz und einer tatsächlichen, gerade erwachsenden Feindschaft. Die Gründe dafür liegen einerseits auf der Hand: China ist das neue ökonomische, politische und auch militärische Schwergewicht auf der Welt. Es macht den EU-Europäern, die ihrerseits die Dominanz der USA attackieren wollen, das Leben schwer, und die USA wiederum leiden darunter, dass ihre einzigartige Supermachtstellung angegriffen ist und sie dieses Land nicht in ihre Weltordnung einjustieren können.

Andererseits ist mit diesem lapidaren Befund noch nicht viel erklärt. Denn auf diese Weise wird die gesamte ökonomische und politische Ordnung dieser Welt als gegeben und selbstverständlich unterstellt, da werden Chancen und Risiken der einzelnen Konkurrenten betrachtet, deren jeweilige Strategien erörtert, um sich dann entweder auf die eine oder andere Seite zu schlagen oder unparteilich darüberzustehen. Die wesentliche Frage, warum und um was alle Staaten konkurrieren und wieso sie das immer wieder in ein feindseliges, am Ende sogar kriegsträchtiges Verhältnis zueinander treibt, bleibt dabei ungeklärt. Ein paar Hinweise müssen hier genügen.

Moderne Staaten leben nicht von Raub oder Plünderung, sondern von dem Wirtschaftswachstum, das sie – zunächst an ihren »Standorten« – bewerkstelligen. Das aber reicht weder ihren heimischen Unternehmen, die auf grenzenloses Kaufen, Verkaufen und Investieren sinnen, noch ihnen selbst. Auf der Basis wechselseitiger Anerkennung souveräner Staaten haben sie deshalb den gesamten Globus zu einem Weltmarkt als Mittel zu ihrer Bereicherung hergerichtet. Es hat etliche kleine, große und kalte Kriege gedauert, bis es soweit war. Dann erst war der exklusive, »kolonialherrschaftliche« Zugriff auf

die Gebiete in Übersee beendet und der »kommunistische Block«, der das Prinzip des freien Kapitalverkehrs ablehnte, überwunden.

Inzwischen gibt es eine weltweit gültige Geschäftsordnung, in der im Prinzip freier Austausch von Waren und Kapital auf der ganzen Erde herrscht. Was damit etabliert wurde, ist allerdings kein Verhältnis wechselseitigen Vorteils, keine Win-win-Situation, wie gerne behauptet wird. Handel und Kapitalverkehr zwischen kapitalistischen Nationen dienen der Bereicherung. Es gibt zwar Phasen, in denen die diversen Regierungen davon schwärmen, dass ihre Handels- und Investitionsverträge allen Beteiligten von Nutzen sind und es für alle aufwärtsgeht. Letztlich aber werden die Erfolge eines Landes auf Kosten eines anderen errungen – das zeigen Handels- und Leistungsbilanzen und vor allem der Verlauf der Währungskonkurrenz. Und irgendwann – spätestens in aufkommenden Krisensituationen – werden sich die Staaten auch dessen bewusst, dass ihre schöne »Kooperation« durchaus ausschließenden Charakter hatte und hat.⁴

Ökonomische Kooperation macht also Konfrontation, am Ende sogar eine militärische Auseinandersetzung, keineswegs überflüssig. Die populäre Vorstellung, dass nicht geschossen wird, solange Handel getrieben wird, ist darin ganz und gar verkehrt. Denn geschossen wird irgendwann, weil gehandelt wurde. Auch wenn sich die USA bisher an China ungemein bereichert haben, stellt sich für sie inzwischen die Frage, ob sie weiterhin den Nutzen aus China-Geschäft und Welthandel ziehen oder ob sich die Verhältnisse nicht umgedreht haben und China nun stärker profitiert. Zum »friedlichen« Handel gehört die Gewalt notwendigerweise dazu, und zwar von allem Anfang an, damit die Staaten einander überhaupt respektieren und in ein ökonomisches Verhältnis miteinander treten, dann als stetige Begleiterscheinung zur Abwicklung der ökonomischen Interessengegensätze und schließlich als selbständiges strategisches Programm, um im globalen Gewalthaushalt für sich günstige Positionen zu erobern.⁵

Menschenrechte als Waffe

Auch die Bundesrepublik entwickelt – seit geraumer Zeit macht ihre politische Elite das mehr und mehr deutlich – das Bedürfnis nach einer autonomen, vom »Schutz« des amerikanischen Freundes emanzipierten geostrategischen Absicherung ihrer »nationalen Interessen«. Stichwort »Unsere globale Verantwortung«. Dazu gehört dann auch, das inzwischen schon sehr mächtig gewordene China irgendwie »in den Griff zu bekommen« – gerade weil man dieses Land, das inzwischen bereits seit drei Jahren in Folge wichtigster Handelspartner und inzwischen auch drittgrößter Investitionsstandort deutscher Unternehmen ist, ökonomisch unbedingt braucht. Also versucht auch Deutschland, geostrategische Positionen in Asien aufzubauen – als Teilnehmer am Shangri-La-Dialog (dem asiatisch-pazifischen Pendant zur Münchner Sicherheitskonferenz) und als Waffenlieferant an Singapur. Gleichzeitig möchte sich Berlin von der US-amerikanischen »Konfrontationspolitik« absetzen. Bei der ist man erstens nicht gefragt worden, und man hält sie zweitens auch nicht unbedingt für förderlich, schon allein deshalb, weil angesichts bestehender Uneinigkeit in der EU und mangelnder eigener Mittel kein hinreichend großer Einfluss auf China genommen werden kann.⁶

Um so wichtiger ist es, wenn Deutschland seine diplomatischen Verhandlungspositionen mit einigen kleinen Druckmitteln unterfüttern kann, die der chinesischen Regierung die Verletzbarkeit ihres Erfolgswegs vor Augen führen: Neben der bewährten Menschenrechtswaffe (der Klage über mangelnde Pressefreiheit und schlechte Behandlung der Oppositionellen) kommen vor allem die bereits latent bestehenden Separatismusprobleme in Xinjiang und Tibet sowie neuerdings in Hongkong aufs Tableau. Gerade diese Fragen eignen sich hervorragend, weil sie China in einem Kern treffen – der souveränen Verfügung über Land und Leute als Mittel seines ökonomischen Aufstiegs. Dass eine uigurische »Exilregierung« in München sitzen darf, der Dalai Lama verehrter Gast bei deutschen Politikern ist, Joshua Wong, der Führer der Hongkong-Demonstrationen, vom deutschen Außenminister Heiko Maas empfangen wird, sind die Nadelstiche, mit denen die deutsche Diplomatie China berechnend ärgert und die sie, wenn nötig, jederzeit zum ernstzunehmenden Erpressungsmittel ausbauen kann. Und gerade die Grünen tun sich auf diesem Feld als moralische Scharfmacher hervor.

Die deutsche Presse kann sich bei ihrem patriotischen Publikum darauf verlassen, dass es Vorbehalte gegen jedes »Ausland« gibt. Ein Feindbild erzeugen muss sie also erst gar nicht und könnte das auch nicht. Sie kann allerdings die latent vorhandenen Vorbehalte unterfüttern und dabei durchaus, den Konjunkturen der deutschen Außenpolitik entsprechend, mal mehr und mal weniger Wind machen.

Das Auswärtige Amt, das sich gerade an der im Handelskonflikt USA – China erfahrenen Abhängigkeit deutscher Wirtschaftsinteressen von den beiden Großmächten abkämpft und es in seiner EU mit der Seidenstraßen-Initiative der Chinesen zu tun bekommt,⁷ muss so etwas nicht einmal in Auftrag geben. Es hat in den Redaktionen der Qualitätspresse seine Gewährsleute und kann sich darauf verlassen, dass man dort wie stets konstruktiv und besorgt die Probleme der deutschen Nation mitdenkt und sich in Sachen Mobilisierung patriotischer Gesinnung schon das Richtige einfallen lässt.

Ein Postskriptum aus aktuellem Anlass: Auch im Falle des Corona-Virus kann China einfach nichts richtig machen. Der neue Erreger wird der WHO gemeldet – aber natürlich »zu spät«, »zu intransparent«. Es werden zügig Maßnahmen ergriffen, nationale Feiern abgesagt, ganze Städte in Quarantäne geschickt, Krankenhäuser innerhalb einer Woche aus dem Boden gestampft – mal dahingestellt, was da aus welchem Grund und mit welcher Berechnung gemacht wird, »unsere« Presse weiß jedenfalls schon längst, dass all das ja »nur« passiert, weil die chinesische Regierung unter »enormem Erfolgsdruck« steht. Und seine wertvollen Bürger kann Europa diesem Staat in einer solchen Situation jedenfalls nicht einfach anvertrauen. Also heim mit ihnen in die Freiheit – in diesem Fall: die Quarantäne eines Krankenhauses.

Anmerkungen

1 Im Jahr 2018: USA 650 Milliarden Dollar, China 250. Von 2001 bis 2018: USA 11.560 Milliarden Dollar, China 2.457. Siehe: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183059/umfrage/militaerausgaben-der-usa/>

■ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151195/umfrage/china---militaerausgaben-seit-1991/>

2 <https://www.welt-sichten.org/artikel/37040/armutsgrenzen-von-zahlen-und-menschen>

■ <https://www.holzkuier.com/rundholz/2018/11/weltweit-groesste-aufforstungsflaeche.html#>

3 Zu den Uiguren: <https://www.jungewelt.de/artikel/368173.anti-terror-krieg-terror-in-xinjiang.html>, zu den Demonstrationen in Hongkong und Joshua Wong: Christian Y. Schmidt in *Konkret* 1/2020 (»Trump, befreie uns. Die Pegida von Hongkong«) und Jens Berger, <https://www.nachdenkseiten.de/?p=54892>

4 Vgl. bspw. Peter Rudolf: Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019S23/#en-d52269e1840>

5 https://www.magazin-auswege.de/data/2019/12/Dillmann_Warum_Krieg.pdf

6 So beschreibt es jedenfalls das »Bundesministerium für Verteidigung« in seinem Bericht »China – Perspektiven und Herausforderungen«: <https://www.bmvg.de/resource/blob/22628/b0a4a5e62c8754bc97a128c5f1e1d561/20180306-china-perspektiven-und-herausforderungen-data.pdf>

7 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/schwer-zu-stoppen>

Debatte

- Beitrag von **Hans L.** aus R. (3. Februar 2020 um 10:50 Uhr)

Danke für diesen interessanten Beitrag.

Was mich wundert: Warum wird nicht auch so argumentiert, dass China trotz der wirtschaftlichen Erfolge nie bei den »G 7« dabeisein darf, aber z. B. im Vergleich winzige, schwächelnde EU-Staaten. Der sogenannte Westen will unter sich sein, solange es geht. Diese offensichtliche politische Diskriminierung seit Jahrzehnten sollte auch endlich diskutiert und beendet werden.

Hans Leutert, Rangsdorf

- Beitrag von **David S.** aus J. (3. Februar 2020 um 12:31 Uhr)

Guter Artikel. Großes Manko: »Letztlich aber werden die Erfolge eines Landes auf Kosten eines anderen errungen ...« Erfolge, also Profite, werden immer auf Kosten der Arbeiterklasse erzielt. Das gilt in verschiedenen Maßen für die Arbeiterklasse der entwickelten Industrienationen und die Arbeiterklasse der postkolonialen Nationen. Die Kapitalisten beider Arten von Ländern verdienen demgemäß unterschiedlich daran, sicherlich wünschen sich beispielsweise afrikanische Kapitalisten bestimmt bessere Konditionen zur Profitmaximierung und wenden sich durchaus einem Land wie China zu. Es bleibt aber nun mal Kapitalismus. Selbst wenn absolute Armut reduziert wird, Sozialstaat, Industrie und Infrastruktur erst mal entwickelt werden, weil die Nachfrage das hergibt, geschieht das nur unter Ausbeutung der Arbeiterklasse.

- Beitrag von **josef w.** aus H. (3. Februar 2020 um 13:19 Uhr)

Guter Artikel. China kann im auch im Fall des Kampfes gegen das Coronavirus machen, was es will, es wird in den Augen westlicher Dummpfbacken immer falsch sein – nur politisches Kalkül, um die Macht der Kommunistischen Partei zu festigen, zu legitimieren usw.

Komischerweise werden die Maßnahmen der Bundesregierung sang- und klanglos hingenommen. Man erachtet es als selbstverständlich, dass man die bundesdeutschen Bürger mit einem Militärgerät ausfliegt, sie anschließend in Quarantäne steckt, und zwar wiederum in eine Anstalt der Bundeswehr, und sie dort zwangsweise festhält, auch wenn keine Infektion vorliegt.

Das lässt in meinen Augen den Verdacht zu, dass die ganze Angelegenheit zu einem kleinen Notstandsmanöver genutzt wird, wie es das entsprechende Gesetz aus den 60er Jahren vorsieht, das seinerzeit ein Funken für die Flammen der 68er Bewegung war.

- Beitrag von **josef w.** aus H. (3. Februar 2020 um 13:43 Uhr)

Frau Dillmann erkennt den fortschrittlichen Charakter der VR China zwar an, bezeichnet sie aber als eine kapitalistische Gesellschaft. Das wirft für viele Linke und Marxisten im Westen die zentrale Glaubensfrage auf, wie man es denn nun mit China halten soll. Viele sehen in der Politik der Reform und Öffnung und damit der Zulassung von Marktwirtschaft und Kapitalismus – wenn auch wohlwollend – einen notwendigen Schritt zurück, um den Notwendigkeiten des Fortschritts der Produktivkräfte Genüge zu leisten.

Die chinesischen Kommunisten haben in dem Punkt eine andere Sichtweise: Für sie beruht die sozialistische Marktwirtschaft auf den Erfahrungen und Errungenschaften der ersten Phase des Aufbaus in den 50er und 60er Jahren inklusive Kollektivierung von Landwirtschaft und Industrie. Aber aus den Erfahrungen dieser Zeit, die eben auch in die Erkenntnis mündeten, dass man mit den Mitteln des traditionellen Sozialismus, wie er in der Sowjetunion und den Staaten Osteuropas praktiziert wurde, die Entwicklung nicht weiter voranbringt, sondern Gefahr läuft, vom dominierenden kapitalistischen System überrollt zu werden, zog man als Konsequenz das, was heute als sozialistische

Marktwirtschaft bzw. als Sozialismus chinesischen Typs bezeichnet wird.

Wir erleben zwar zur Zeit eine gesellschaftliche Entwicklung in einer neuen historischen Dimension, dennoch verstehen das manche nicht als neues Zeitalter des Sozialismus. Für mich ist das ein idealistischer Standpunkt insofern, als man die wirklich stattfindende Entwicklung mit theoretischen Kriterien vermisst und eventuell verwirft, so nach dem Motto: So habe ich mir den Sozialismus aber nicht vorgestellt, also ist das gesellschaftliche Modell Chinas auch kein sozialistisches. Entscheidend sind aber die Fortschritte der chinesischen Gesellschaft in der Realität, und man wird eines Tages in der Retrospektive urteilen können, ob China den Weg in eine bessere Zukunft der Menschheit gegangen ist und geebnet hat oder nicht. Ich bin da durchaus optimistisch.

© junge Welt | [Impressum](#) / [Datenschutz](#)

<https://www.jungewelt.de/artikel/371842.weltmarkt-und-machtkonflikte-feindbild-und-feindschaft.html>